

Die Lehre von 1989

Vor 30 Jahren reisten Tausende DDR-Bürger aus Prag aus: Der Begriff des Flüchtlings ist heute entstellt

Michael Paulwitz

Tage, die die Welt bewegten. Die als Befreiung begrüßte Ausreise Tausender Deutscher, die der DDR den Rücken gekehrt und in der Prager Botschaft der Bundesrepublik Deutschland Zuflucht gefunden hatten, läutete in den letzten Septembertagen des Jahres 1989 die Agonie der kommunistischen Diktatur ein. Eine Generationenspanne nach dem Wendeherbst der Deutschen, der die Teilung ihres Vaterlandes nach vier Jahrzehnten beendete, treibt die Mythenbildung immer seltsamere und wildere Blüten.

Es war wohl Hans-Dietrich Genschers größte Stunde, als er den erwartungsvoll in der Prager Botschaft Ausharrenden ihre Ausreise verkünden konnte. Dennoch war der FDP-Außenminister, der aus Halle an der Saale stammte, ebenso ein Getriebener wie Bundeskanzler Helmut Kohl selbst, den die verklärende Rückschau heute zum „Kanzler der Einheit“ mythologisiert.

Keine politische Strategie nämlich hat das Ende der Teilung Deutschlands erzwungen, sondern die doppelte Abstimmung mit den Füßen, mit der das Volk in Mitteldeutschland den Druck erhöht hat, bis das Kartenhaus der morschen SED-Diktatur zusammenbrach: die einen, indem sie auf der Flucht vor der Repression in Scharen das Land verließen, die anderen, indem sie friedlich und in Massen auf die Straßen gingen.

Es spricht für die Intelligenz Helmut Kohls, der noch wenige Jahre zuvor jeden Gedanken an eine baldige Wiedervereinigung als „blühenden Unsinn“ abgetan hatte, daß er den vielzitierten „Mantel der Geschichte“ ergriff, als dieser nicht mehr aufzuhalten war, und sich der Wiedervereinigung nicht länger entstellte, statt sich auf eine vermeintliche „Alternativlosigkeit“ seiner einmal eingenommenen Position zu versteifen.

Daß Kohl dennoch nichts Eiligeres zu tun hatte, als die eben durch den Willen des Volkes und namentlich der Mitteldeutschen erkämpfte Chance zur Souveränität der wiedergewonnenen deutschen Staatlichkeit gleich wieder per Maastricht-Vertrag und Währungsunion an der Brüsseler Garderobe abzugeben, ist nur eine der von ihm hinterlassenen Hypotheken, an denen Deutschland bis heute schwer zu tragen hat.

Skepsis gegenüber dem eigenen Volk und seiner Wiedervereinigung war in der alten Bundesrepublik stillschweigender Parteienkonsens. Nicht nur bei den Grünen, unter deren führenden Figuren sich reichlich in der Wolle gefärbte kommunistische Sektierer und „Antideutsche“ fanden. Mancher, der zur Wendezeit Haßparolen wie „Nie wieder

Deutschland!“ vor sich hertrug, ist später – wie die heutige Bundestagsvizepräsidentin Claudia Roth – in höchste Ämter eben jenes verabscheuten Deutschlands aufgestiegen und lebt nicht schlecht davon, die eigene Vergangenheit von höchster Stelle aus zu vernebeln.

Den Sozialdemokraten fehlte indes auch damals schon das taktische Geschick. Der Aufstand gegen das kommunistische Regime der DDR, des vermeintlich „besseren Deutschland“, erfüllte ihre linksgewirkten Anführer mit tiefer Abneigung. Es gebe „wichtigere Fragen“ als die Wiedervereinigung, beschied der niedersächsische SPD-Chef und nachmalige Bundeskanzler Gerhard Schröder noch im Juni 1989. Johannes Rau, damals Ministerpräsident in NRW, forderte am 30. November 1989 ein Ende dieser „abstrakten Debatte“.

Auch Willy Brandt, heute als Einheits-Ikone verherrlicht, hielt die Wiedervereinigung ein Jahr zuvor noch für eine „Lebenslüge“. Und der saarländische Ministerpräsident Oskar Lafontaine wollte volksdeutsche Aussiedler und „Übersiedler“ aus der DDR mit Auflagen fernhalten – kein Zuzug ohne Nachweis von Wohnung und Arbeitsplatz –, die seine Partei damals wie heute für Asylbewerber aus aller Herren Länder entrüstet von sich weist.

Daran wollen die Genossen heute nicht mehr erinnert werden, wenn sie sich gönnerhaft zu Fürsprechern der angeblich „Abgehängten“ im Osten aufspielen. Noch perfider freilich ist die ideologische Falschmünzerei, die seit dem Merkelschen Willkommens-Putsch von 2015 den Begriff des „Flüchtlings“ systematisch verdreht und entwertet hat.

Die Botschaftsflüchtlinge, die im September 1989 in der Prager Botschaft der Bundesrepublik Aufnahme begehrten, weil sie es in der DDR-Diktatur nicht mehr aushielten, waren Flüchtlinge. Wirtschaftsmigranten, die um die halbe Welt reisen, nicht weil sie verfolgt wären, sondern weil sie im deutschen Sozialstaat ein besseres Leben erwarten, sind keine Flüchtlinge, auch wenn sie noch so penetrant von Politik und Medien mit diesem Schwindeletikett versehen werden.

Die aus der DDR nach Westen flohen, waren Deutsche – in ihrem Selbstverständnis und im Sinne des Grundgesetzes. Sie waren Landsleute in Not, denen zu helfen ein Gebot der nationalen Solidarität war, auch wenn grüne und rote Fundamentalisten die deutsche Teilung als historischen Schuldspruch überhöhten und sich lieber in Fernstenliebe übten. Und vor allem: Sie kamen nicht aus einem fremden Kulturkreis in ein fernes Land, sie wollten als Deutsche von einem Teil Deutschlands in den anderen, den freieren gelangen, und die Staatsmacht wollte ihnen das mit Mauer, Stacheldraht und Schießbefehl verwehren.

Es ist arglistige Propaganda, wenn die Genossen im Geiste der Mauerbauer von einst, die auf echte Flüchtlinge schießen ließen, weil diese ihrem sozialistischen Paradies entkommen wollten, heute das Niederreißen von Grenzen und Zäunen predigen, die

nicht dem Einsperren dienen, sondern dem legitimen Schutz vor Rechtsbruch und ungebetenem Eindringlingen.

Die Gleichsetzung der Massenflucht aus der DDR mit der als „Flüchtlingskrise“ fehldeklarierten Massenmigration unserer Tage ist eine faustdicke Lüge. Und wer auf Lügen baut, wird über kurz oder lang darunter begraben. Auch das lehrt nicht zuletzt der Untergang der DDR vor nunmehr bald dreißig Jahren.

Klimapolitik

Merkels Audienz bei Greta Thunberg

Dieter Stein

Die orchestrierte Hysterie um den vermeintlich menschengemachten Klimawandel erreichte in der abgelaufenen Woche einen neuen Höhepunkt. Die Mobilisierung der „Fridays for Future“-Kampagne war gigantisch. Es gelang dem Netzwerk weltweit in über hundert Ländern Tausende „Klima-Streik“-Aktionen durchzuführen, in Deutschland sollen allein in Berlin und Hamburg jeweils über 100.000 Menschen auf die Straße gegangen sein.

Als panisch Getriebene agiert die Bundesregierung, die in einem Sitzungsmarathon hektisch ein Klima-Paket verabschiedete, das Bürger mit Milliardenbelastungen zu „klimafreundlicherem“ Verhalten zwingen soll.

Die Indoktrination von Kindern und Jugendlichen ist beispiellos. Innerhalb nur eines Jahres wurde Greta Thunberg, die nicht vom Himmel fiel, sondern von ehrgeizigen Eltern und einem professionellen PR-Team von Anfang an promotet wird, zur Ikone eines „Jugendaufstandes“ aufgebaut. Quer durch Deutschland kapitulierten Schulleitungen und Kultusbehörden und duldeten, daß in Serie an Freitagen die Schule geschwänzt wird, um „für das Klima“ auf die Straße zu gehen. Besonders in Großstädten wird ein fast totalitärer Gruppendruck erzeugt, dem sich nur noch mutige und selbstbewußte Jugendliche zu entziehen wagen. Eine meiner Töchter saß am Freitag mit vier Schülern im Klassenzimmer, alle anderen waren mit der Rettung des Planeten beschäftigt.

Das ist der Punkt, der jede Diskussion erledigt: Wenn die eine Seite nichts weniger beabsichtigt, als die Rettung der Schöpfung, wofür ist dann derjenige, der sich nicht willig einreihet? Für den Untergang unseres Planeten?

Greta Thunberg hielt in New York vor der UN eine Rede, in der sie mit bebender Stimme erneut Politikern Versagen vorwarf und verkündete, wir stünden am „Anfang eines Massenaussterbens“. Huldvoll empfing die schwedische Schülerin die deutsche

Kanzlerin am Rande der UN-Konferenz. Der Regierungssprecher verbreitete ein Foto, mit dem er das epochale Treffen der beiden Weltretter für die Ewigkeit bannte.

Wer nun von der Hysterie abgestoßen Klimawandel völlig abstreitet, disqualifiziert sich ebenso wie derjenige, der jeden menschlichen Anteil daran in Abrede stellt. Es ist sehr wohl überfällig, Verschwendung natürlicher Ressourcen zu stoppen, den Raubbau an der Natur zu bremsen und Alternativen zu fossilen Treibstoffen zu entwickeln. Weil es vernünftig ist.

Das apokalyptische Gerede vom nahenden Untergang der Welt, drohendem Massenaussterben, alternativlosen Lösungen und monokausalen Erklärungen haben das Terrain seriöser Wissenschaft schon lange verlassen und die Ebene eines irrationalen Glaubenskrieges erreicht, den links-grüne Ideologen im Interesse einer politischen Agenda führen, über deren Ziele sie nicht mit offenen Karten spielen.

Herbert Kickl könnte der entscheidende Faktor für die neue Regierung in Wien werden

Mastermind der FPÖ

Bernhard Tomaschitz

Glaut man den österreichischen Gazetten, dann ist er der gefährlichste Mann der Alpenrepublik. Die Rede ist von Herbert Kickl, dem Ex-Innenminister und jetzigen Fraktionschef der FPÖ im Nationalrat, also dem Parlament. Der 50jährige Kärntner, so etwa die Tageszeitung Die Presse, habe als Minister den Aufbau eines „Überwachungsstaats“ prüfen lassen.

Ex-Kanzler Sebastian Kurz (ÖVP) ließ bereits Ende Juni wissen, er halte Kickl als Innenminister nicht mehr für geeignet, und der auf seine links-grüne Klientel bedachte Bundespräsident Alexander Van der Bellen erklärte, er würde den Freiheitlichen in dem Amt nicht mehr vereidigen. Es scheint, als hänge eine mögliche Neuauflage von Türkis-Blau nach der Nationalratswahl am Sonntag einzig von der Person Kickls ab.

Was hat Kickl nun „verbrochen“? Er hat als Innenminister freiheitliche Politik gemacht, setzte von Anfang an etwa auf Null-Toleranz bei illegaler Einwanderung und ließ eine eigene Grenzschutzeinheit aufstellen. Dabei machte er sich nicht nur Freunde – etwa beim alten, schwarzen Teil der neuen, türkis gewendeten ÖVP, die der Koalition mit der FPÖ immer skeptisch bis ablehnend gegenüberstand. Das Faß zum Überlaufen gebracht hatten seine Versuche, die schwarzen Seilschaften und Netzwerke im Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (BVT) ans Licht zu

bringen. Denn von 2000 bis 2017 stellte die ÖVP und bis auf eine kurze Unterbrechung deren mächtiger niederösterreichischer Landesverband den Innenminister und war damit für das BVT verantwortlich. Zum Verständnis: Die ÖVP Niederösterreich hat in der Alpenrepublik viel mehr Einfluß als die CSU in der Bundesrepublik.

Interessant ist Kickls Werdegang: Nach dem Wehrdienst bei den Gebirgsjägern studierte er in Wien unter anderem Philosophie. Seitdem gilt der Vater eines Sohnes als bekennender Hegelianer. Mitte der neunziger Jahre kam Kickl zur FPÖ, wo er rasch zum Redenschreiber des damaligen Parteibosses Jörg Haider avancierte. Als der 2005 das BZÖ abspaltete, wurde Kickl FPÖ-Generalsekretär – und viele meinen, damit der Intellektuelle zum „Mastermind“ der Freiheitlichen. Bis 2017 war er maßgeblich für die blauen Wahlkämpfe und so den Aufstieg der Strache-FPÖ verantwortlich.

Spannend wird, ob die ÖVP, sofern sie wieder mit der FPÖ koalitiert, an ihrer Ablehnung Kickls festhält. Eine Lösungsmöglichkeit wäre dann, daß der Sportbegeisterte, der bereits mehrere Triathlons, darunter auch Extrem-Langstrecken-Wettkämpfe, erfolgreich bestritten hat, statt eines Ministeramts die Führung der FPÖ-Fraktion übernimmt. Eines steht aber fest: Kickl wird weiterhin eine wichtige Rolle in der Partei spielen, denn seine von Medien herbeigeschriebene „Rivalität“ mit dem neuen FPÖ-Chef Norbert Hofer entspringt dem Wunschdenken des politischen Gegners.

Asylrecht

Wir schaffen das ab

Dimitrios Kisoudis

Das individuelle Grundrecht auf Asyl muß abgeschafft werden. Es ist nicht mehr zeitgemäß. Es war gedacht als Antwort auf Erfahrungen aus der Zeit des Nationalsozialismus, als verfolgte Juden im Ausland nicht Aufnahme fanden wie erhofft. Aber Geschichte ereignet sich als Tragödie, wiederholt sich aber bekanntlich als Farce.

Schon bei der Ausarbeitung des Grundgesetzes war namhaften Beteiligten klar, das Asylrecht könnte Massen von Antidemokraten anziehen, die vor rechtmäßigen Regierungen flüchten und unsere Gesetze ablehnten. Solche Bedenken wischte der SPD-Staatsrechtler Carlo Schmid hinweg: „Die Asylgewährung ist immer eine Frage der Generosität, und wenn man generös sein will, muß man riskieren, sich gegebenenfalls in der Person geirrt zu haben.“

Wie Kanzlerin Angela Merkel im September 2015, so schmetterte die siegreiche Seite bei den Verhandlungen zum Grundgesetz begründete Einwände mit einem Schreckensszenario ab. Zurückweisungen an der Grenze? Auf keinen Fall. Das häßliche Bild der Entrechteten, die von Grenze zu Grenze irren, war stärker als staatsrechtliche Expertise und gesunder Menschenverstand. Gesinnungsethik hat schon 1949 über Verantwortungsethik gesiegt.

Seitdem ist das Asylrecht zur Magna Charta des illegalen Migranten geworden. Gerade weil für jeden offensichtlich ist, daß es unser Land zum Negativen verändert, belegen die Regierungsparteien das Asylrecht mit einem Tabu. Dazu eignet es sich gut, weil es seinen religiösen Ursprung im Tempel- oder Kirchenasyl hat. Willige Helfer bei der Tabuisierung findet die Politik in den Kirchen, aber auch in den Medien und Behörden.

Das Bundesamt für Verfassungsschutz bemängelt in seinem Gutachten zur AfD mehrfach die Forderung, das Asylrecht in ein Gnadenrecht umzuwandeln. Tatsächlich sieht die Partei in ihrem Grundsatzprogramm vor, das individuelle Grundrecht auf Asyl durch eine institutionelle Garantie zu ersetzen. Die schöne Wendung vom „Gnadenrecht des Staates“ hat Frauke Petry als Parteichefin Anfang 2017 in einem Interview mit der Zeit geprägt.

Mit dieser Forderung steht die AfD in der Parteiengeschichte aber nicht allein da. Eine Abschaffung des Asylrechts haben bereits Otto Schily als Bundestagsabgeordneter der SPD (1992), Walter Döring als stellvertretender FDP-Vorsitzender (1999) und Michael Glos als Vorsitzender der CSU-Landesgruppe (2000) ins Spiel gebracht. Sogar Friedrich Merz regte vor seiner Kandidatur als CDU-Vorsitzender vorsichtig eine Debatte ums Asylrecht an, nur um unter dem Geschrei der linken Medienöffentlichkeit zurückzurudern.

Pflichtgefühl und Verantwortungsbewußtsein gebieten, den Mut zu dieser Debatte zu fassen – allen Tabus zum Trotz. Gegen das Asylrecht sprechen nämlich nackte Zahlen und gute Gründe.

Zwischen Januar 2015 und Juni 2019 sind 1,9 Millionen Entscheidungen über Asylanträge gefällt worden. Davon fanden 12.534 Antragsteller tatsächlich Anerkennung als Asylberechtigte nach Artikel 16a Grundgesetz. Das sind 0,66 Prozent. Die meisten blieben als Flüchtlinge nach der Genfer Flüchtlingskonvention, als subsidiär Schutzberechtigte oder durften schlicht nicht abgeschoben werden. Nur ungefähr 100.000 abgelehnte Asylbewerber sind in diesem Zeitraum auch abgeschoben worden. Jede zweite Abschiebung ist gescheitert.

Das Asylrecht ist so widersinnig wie undurchführbar. Deutsche Behörden verfügen nicht über Mittel und Kapazitäten, um zwischen echten und falschen Verfolgten zweifelsfrei zu unterscheiden. Am Ende siegt Quote über Einzelfallanalyse.

Unser Asylsystem gleicht einer russischen Matrjoschka-Puppe. Greift der eine Schutzstatus nicht, kommt der nächste zum Vorschein. Mit Hilfe linker Asyllobbyisten beschreiten Asylbewerber den Klageweg, um ihre Abschiebung hinauszuzögern, bis dem Rechtsstaat die Lust dazu vergangen ist. Am Ende darf so gut wie jeder bleiben. Und wer doch abgeschoben wird, kann umgehend zurückkehren, weil die Grenzen ja unkontrolliert sind.

Nicht nur das. Zu den Asylgründen und Abschiebeverboten gesellen sich ständig neue. Wer eine sexuelle Abweichung vorzuweisen hat, gilt schon so gut wie als verfolgt. Und die Tendenz geht dahin, Personen aufzunehmen, in deren Heimat kein Sozialstaat besteht oder der Boden erodiert. Hier ist mit der Gartenschere nichts mehr zu korrigieren, hier braucht es eine Harke, um die Fehlentwicklung bei der Wurzel zu packen.

Der Staat verfügt nicht über die nötige Entschlossenheit, geltendes Recht durchzusetzen, also legalisiert er Unrecht. Per Erlass gewährt Nordrhein-Westfalen geduldeten Ausreisepflichtigen ein Bleiberecht, falls sie „besondere Integrationsleistungen“ erbringen. Baden-Württemberg ist nachgezogen. Und Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble hat im September 2018 erklärt, illegale Migranten sollten integriert werden, weil sie ohnehin nicht abzuschieben seien.

Anstatt die Asylzahlen zu drosseln, hat die Verfassungsänderung des Asylartikels von 1993 nur die Verwirrung vergrößert. Der Fehler unseres Asylrechts liegt nämlich in der Anlage, nicht in der Ausgestaltung. Deshalb ran an die Verfassung! Wir müssen schnellstens die Massenmigration über das Asylrecht stoppen. Deren Folgen für Sicherheit und Wohlstand sind zu verheerend, als daß wir uns länger in Zurückhaltung üben dürften.

Asylbewerber und Flüchtlinge sind der Kriminalstatistik zufolge weit krimineller als Deutsche. In Bayern hat sich der Anteil von Asylbewerbern und Flüchtlingen an den Tatverdächtigen der Gewaltkriminalität in zehn Jahren von zwei auf 20 Prozent verzehnfacht. In Baden-Württemberg ist der Anteil von Zuwanderern an Tatverdächtigen bei Messerangriffen seit 2014 um über 200 Prozent gestiegen. Auf vier tatverdächtige Deutsche kommen drei Zuwanderer, obwohl diese ungefähr zwei Prozent und Deutsche 85 Prozent der Bevölkerung ausmachen.

Zwei Drittel aller Zuwanderer beziehen Hartz IV, jeder zehnte Hartz-IV-Empfänger ist Syrer. Angesichts vergangener Erfahrungen ist davon auszugehen, daß diese Zuwanderer eher Clans und Banden bilden werden, als sich geschlossen in unsere arbeitsteilige Gesellschaft einzugliedern. So viel zu den Zahlen, nun zu den Gründen.

Die Gegner des Asylartikels haben schon 1948 richtig erkannt: Man darf nicht grundsätzlich Verfolgten einen Heiligenschein und Staaten den Schwarzen Peter zuschieben. Oft zieht es Kriminelle oder Terroristen mit bösen Absichten in permissivere Gefilde. Die Einzelfälle sind Legion, von Anis Amri bis zum Rizinbomber.

Sogar normale Asylbewerber geben vor, Terroristen zu sein, um Abschiebeverbot zu erwirken. In Nordrhein-Westfalen sind kürzlich 70 solcher Fälle bekanntgeworden. Unser Asylrecht stellt also Terroristen unter Schutz.

Wenn aber die linke Ideologie der Realität entspräche und alle Flüchtlinge gutwillige und zu Unrecht verfolgte Kosmopoliten wären, hätten wir dann die Pflicht zur Asylgewährung? Nein, selbst dann wäre das Asylrecht widersinnig. Denn wenn wir alle Guten aufnehmen, verhelfen wir dadurch den „Bösen“ zum Sieg. Jeder aufgeklärte Afghane in Deutschland zementiert die Vorherrschaft der Taliban in Afghanistan. Das Asylrecht erreicht also das Gegenteil von dem, was es anzustreben vorgibt.

Das Asylrecht ist aber nicht nur widersinnig, sondern auch undurchführbar. Deutsche Behörden verfügen nicht über Mittel und Kapazitäten, um zwischen echten und falschen Verfolgten zweifelsfrei zu unterscheiden. Fluchtgeschichten werden vermittelt durch Dolmetscher, die materielle oder weltanschauliche Interessen vertreten und sich allzu oft als unzuverlässig erwiesen haben. Am Ende siegt Quote über Einzelfallanalyse.

Die Wahrheit kann ein gutmeinendes Volk einem zielstrebigem Migranten, in dessen Community sich die Kenntnis neuester Tricks ausbreitet wie ein Buschfeuer, gar nicht abringen. Migration ist ein unentwirrbares Massenphänomen, wie ja gerade der UN-Migrationspakt feststellt. Flüchtlinge marschieren mit Terroristen und Armutsmigranten. Die Unterschiede sind graduell. Wer echte Flüchtlinge haben will, nimmt unechte zwangsläufig in Kauf. Behalten wird er alle.

Wir könnten Christen aufnehmen, die in islamischen Ländern verfolgt werden – verbunden mit einer politischen Botschaft und einem politischen Ziel. So würden wir der Gerechtigkeit Genüge tun, ohne der Verantwortlichkeit eine Absage zu erteilen.

Sollen wir also Wirtschaftsflüchtlinge abweisen, aber echte Kriegsflüchtlinge aufnehmen? Nein. Kriege wird es immer geben. Daß die Zivilbevölkerung in Kriegen möglichst verschont bleibt, ist Gegenstand des Kriegsrechts und Aufgabe von Internationalen Strafgerichten und Vereinten Nationen, nicht aber Bringschuld der deutschen Bürger. Es ist ein Ding der Unmöglichkeit, kriegführende Länder auszuleeren und später wieder aufzufüllen. Dieses Vorgehen scheitert schon daran, daß Kriegsflüchtlinge im Zielland Fuß fassen und nur unter freiwilliger Mitwirkung wieder außer Landes zu bringen sind.

Und warum soll ein echter Kriegsflüchtling harmloser sein als ein falscher? Wohlverhalten aus Dankbarkeit zu erwarten, ist naiv. Kriegsflüchtlinge aus Bosnien haben in Baden-Württemberg eine Straßenbande zur Zuhälterei gegründet. Berichten zufolge tätowieren sie Prostituierten den Namen ein, und sie schleudern sie zur Disziplinierung im Wald gegen Bäume. Die libanesischen Clans von heute sind die Flüchtlinge von gestern. Und Syrer führen in der Kriminalstatistik regelmäßig die Tabellen tatverdächtiger Zuwanderer an.

Es gibt nur einen Schluß: Das Grundrecht auf Asyl hat den Asylgedanken pervertiert. Wir sollten nicht daran festhalten, nur um falsche Erwartungshaltungen nicht zu enttäuschen. Um den Asylgedanken zu retten, muß das individuelle Grundrecht auf Asyl durch eine institutionelle Garantie ersetzt werden, wie im AfD-Programm gefordert. Dieser Schritt entspräche dem Sinn des Grundgesetzes und würde der grundsätzlichen Hilfsbereitschaft des deutschen Volkes ein angemessenes Instrument an die Hand geben.

Eine institutionelle Garantie ist eine Verfassungsgarantie für eine öffentlich-rechtliche Einrichtung. Beispiele sind das Berufsbeamtentum oder die kommunale Selbstverwaltung. Die Asylgarantie gewährleistet den Fortbestand des Asyls, ohne länger einklagbare Ansprüche für Asylbewerber zu begründen. Sie ist von der Einrichtung her, nicht vom Rechtssubjekt her aufgebaut. Gerade so ermöglicht sie, dem Asyl seinen ursprünglichen Sinn zurückzugeben: ein quasi religiöses Gnadenrecht für Verfolgte zu sein.

Wir könnten Christen aufnehmen, die in islamischen Ländern verfolgt werden – und zwar verbunden mit einer politischen Botschaft und einem politischen Ziel. So würden wir der Gerechtigkeit Genüge tun, ohne der Verantwortlichkeit eine Absage zu erteilen.

Das panafrikanische Recherchenetzwerk „Afrobarometer“ hat zwischen September 2016 und September 2018 über 45.800 Personen in 34 afrikanischen Ländern befragt. 37 Prozent erwägen auszuwandern, in der Altersgruppe von 18 bis 25 sogar 47 Prozent. Nicht einer von ihnen könnte Asyl in Deutschland fordern oder einklagen, wenn wir statt dem Asylrecht eine Asylgarantie hätten.

Das Asylrecht ist für Migranten der Generalschlüssel zum deutschen Sozialsystem. Mit der Asylgarantie nehmen wir den Schlüssel in die eigene Hand und erlangen die Kontrolle über unseren Wohlstand und unsere Sicherheit zurück. In seiner heutigen Form ist das Asylrecht unhaltbar. Schaffen wir es ab!

Dimitrios Kisoudis, Jahrgang 1981, war von 2007 bis 2016 als Regisseur und Autor für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk tätig. Im Anschluß arbeitete er ein Jahr lang für die AfD im Europäischen Parlament. Jetzt ist er Referent für einen AfD-Bundestagsabgeordneten.